

Offener Brief per Email an :

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Herrn Innenminister
Joachim Herrmann
Odeonsplatz 3
80539 München

11.12.2012

Überarbeitung der Katastrophenschutzpläne für kerntechnische Unfälle

Sehr geehrter Herr Innenminister Herrmann,

im April diesen Jahres wurde vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) die "Analyse der Vorkehrungen für den anlagenexternen Notfallschutz für deutsche Kernkraftwerke basierend auf den Erfahrungen aus dem Unfall in Fukushima" veröffentlicht. Seither ist ein halbes Jahr vergangen. Schon ohne diese Analyse war aus den Ereignissen von Fukushima die Erkenntnis möglich, dass die bislang unterstellten Szenarien radioaktiver Freisetzungen nach einem Störfall in einem Kernkraft nicht den möglichen Abläufen gerecht werden. Die Ärzteorganisation IPPNW hat schon längst darauf hingewiesen, dass die in Deutschland festgelegten Eingreifrichtwerte viel zu hoch sind und von derzeit 100 auf höchstens 20mSv/Jahr gesenkt werden müssen.

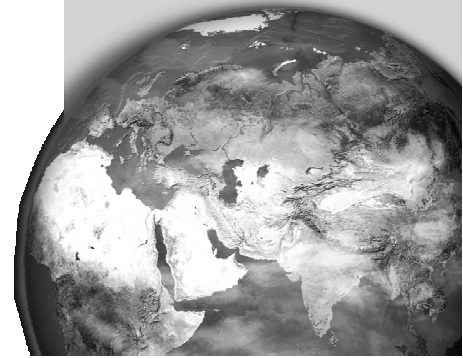
Als Kreisrätin musste ich mir vergangenes Jahr sagen lassen, dass wir als Landkreis keine Erlaubnis hätten, den Katastrophenschutz (in diesem Fall die Vorverteilung von Jodtabletten, zumindest an alle Gemeinden) besser zu organisieren, als dies die von Ihrem Ministerium erlassene Richtlinie vorsieht.

Bin ich richtig informiert, dass die Erkenntnisse aus der Fukushima-Katastrophe immer noch keinen Eingang in die Katastrophenschutzpläne gefunden haben ? Wenn dem so ist, bitte ich Sie, mir zu erklären, warum dies nicht schon längst geschehen ist. Vielleicht weil die in der Analyse beschriebenen Evakuierungen in einem Radius von 100 bis 170 km in unserem Land gar nicht bewerkstelligt werden können? Welchen Grund kann es geben, dass derart gefährliche Anlagen betrieben werden dürfen, ohne dass Vorsorge dafür getroffen wurde, die Bevölkerung im Falle eines schweren Unfalls wirksam zu schützen? Wie lange wollen Sie sich noch Zeit lassen, bis die Katastrophenschutzpläne aktualisiert werden?

Ich setze voraus, dass Ihnen die Analyse des BfS inhaltlich bekannt ist. Dann kennen Sie auch die Anmerkung am Ende die lautet „In Verantwortung für

„Die Welt hat genug
für jedermanns
Bedürfnisse,
aber nicht für
jedermanns Gier.“

Mahatma Gandhi



Mensch und Umwelt“. Nur – was helfen uns Studien, wenn die Ergebnisse von in der Verantwortung stehenden Politikern schlichtweg ignoriert werden, weil diese offensichtlich nicht ins Konzept passen ?

Für die ÖDP steht fest, dass es nur einen größtmöglichen Schutz der Bevölkerung gibt: das sofortige Abschalten aller Kernkraftwerke in Deutschland. Am schnellsten vom Netz müssen hierbei die Blöcke B und C des Kernkraftwerkes in Gundremmingen, da diese Siedewasserreaktoren baugleich mit den havarierten Reaktoren in Fukushima sind.

Auch zum Abschalten gibt es eine Studie, nämlich vom Umweltbundesamt aus dem vergangenen Jahr. Dieses kam zu der Erkenntnis, dass ein Abschalten bis 2017 problemlos möglich sei.

Ich zitiere: „Um den Ausstieg bis 2017 zu schaffen, müssten „höchstens“ Anlagen mit fünf Gigawatt Leistung hinzu gebaut werden. Zum Vergleich: Die 17 deutschen AKW haben 20 Gigawatt. Die Experten schlagen zwei Hauptsäulen vor: den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den Bau von „flexiblen und hocheffizienten“ Erdgas-Kraftwerken. Neue Kohlekraftwerke mit schlechter CO₂-Bilanz seien unnötig.“

Es ist daher nicht hinzunehmen, dass in Bayern moderne Gaskraftwerke wegen zu geringer Auslastung von den Energieversorgern vom Netz genommen werden, dafür aber die AKW's am Netz bleiben. Dies geschieht aus Geldgier der Betreiber. Müssten diese eine risikogerechte Haftpflicht für Kernkraftwerke abschließen und wären nicht quasi von der Haftpflicht befreit, sähe die Rechnung der Betreiber anders aus.


Doch auch die Studie des UBA wurde offensichtlich für den Papierkorb erstellt. Festzustellen bleibt, dass der politische Wille, die Erkenntnisse umzusetzen, bisher nicht vorhanden ist.

SIE tragen die Verantwortung dafür, dass die Bevölkerung wirksam und bestmöglich geschützt wird. Diesen Schutz fordere ich als Kreisrätin des Landkreises Augsburg ein. Erst am Montag musste Block C des AKW in Gundremmingen wegen einer Leckage unterhalb des Reaktordruckgefäßes vom Netz genommen werden. Die Gefahr eines schweren Störfalles in einem deutschen AKW ist nicht hypothetisch, sondern ganz real vorhanden. Deshalb erwarte ich von Ihnen, dass Sie umgehend aktiv werden und der Aussage Ihres Sprechers, Herrn Hutka, endlich Taten folgen lassen. Dieser meinte kürzlich, dass sich Ihre Behörde bei den Katastrophenschutzplänen am BfS und dessen Risikoeinschätzung orientiere.

Wenn Sie nicht dafür garantieren können, Städte wie Ulm, Augsburg, Stuttgart oder auch München evakuieren zu können, dann bleibt nur eine Konsequenz – abschalten ! und das sofort.

Ihrer Antwort sehe ich mit größtem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Kreisvorsitzende und Kreisrätin